

Obwohl die österreichische Sozialdemokratie vor den Folgen der organisatorischen und ideologischen Spaltung weitgehend bewahrt blieb⁸⁾, gelang es ihr ebensowenig wie ihrer deutschen Schwesterpartei, langfristig auf die Politik der Republik entscheidenden Einfluß zu nehmen und die zunehmende Verformung der bürgerlichen Demokratie in ein autoritäres Regime zu verhindern. In beiden Ländern waren den Chancen für die Durchsetzung einer genuin sozialistischen Politik durch die Notwendigkeit, mit den bürgerlichen Parteien zu koalieren, von Anfang an enge Grenzen gesetzt. Der Kapp-Putsch und die Juniwahlen in Deutschland bzw. die Oktoberwahlen 1920 in Österreich signalisierten einen unübersehbaren Rechtsrutsch und machten deutlich, wie schnell sich die bürgerlichen Parteien vom Schock des Staatsumsturzes erholt hatten und wie früh neben und mit den etablierten konservativen Gruppierungen eine breite antiparlamentarische Bewegung, gestützt auf bewaffnete Heim- und Einwohnerwehren, ihre Positionen aufbaute, um im geeigneten Moment die ohnehin spärlichen Ergebnisse der Revolution zu revidieren. Den Zusammenhang zwischen dem Scheitern der Revolution und der politischen Labilität der beiden 1918/19 installierten Republiken erneut eindringlich aufgezeigt zu haben, bleibt das Verdienst des vorliegenden Buches, dessen vergleichende Perspektive aufgenommen und vertieft werden sollte.

Jens Flemming

Claus Guske, Das politische Denken des Generals von Seeckt. Ein Beitrag zur Diskussion des Verhältnisses Seeckt — Reichswehr — Republik (= Historische Studien, H. 422), Matthiesen Verlag, Lübeck/Hamburg 1971, 283 S., brosch., 45 DM.

Der bereits recht stattlichen Zahl von Publikationen über das problematische Verhältnis von Reichswehr und Weimarer Demokratie hat Claus Guske mit seiner Studie über das »politische Denken des Generals von Seeckt« einen weiteren Beitrag hinzugefügt. Angesichts der vorliegenden, voluminösen und die Details liebevoll ausschöpfenden Seeckt-Biographien Rabenaus und Meier-Welckers erstaunt der Mut des Verfassers, erneut das Wagnis einer vornehmlich personenzentrierten Untersuchung auf sich zu nehmen. Auf dem Hintergrund der sehr traditionellen Methode des persönlichkeits- und zeitimmanenten Erzählens glaubt Guske, mit der gewählten Fragestellung eine Lücke in der bisherigen Forschung zu schließen, indem er die systematische Darstellung der politischen Grundüberzeugungen des Generals vor und nach 1918 mit seiner militärischen Tätigkeit nach Kriegsende, vor allem als Chef der Heeresleitung während der Jahre 1920 bis 1923, konfrontiert.

Wesentlich Neues ist dabei — um das Ergebnis vorwegzunehmen — nicht herausgekommen. Guskes Kritik an Meier-Welckers Vorliebe für unbedeutende Details und seiner Scheu vor zugreifender Interpretation (S. 161, Anm. 51) fällt auf ihn selbst zurück; denn seine eigenen Interpretationsbemühungen erschöpfen sich hauptsächlich darin, lange, teilweise ganze Seiten umspannende Zitate aus gedruckten und ungedruckten Äußerungen Seeckts nochmals referierend zusammenzufassen, was bisweilen den Charakter werkimmanenter Gedichtinterpretationen annimmt. Die Tendenz des Buches ist durchweg apologetisch und übertrifft in dieser Hinsicht die gleichsam wehroffiziöse Darstellung Meier-Welckers beträchtlich.

⁸⁾ Die KPÖ konnte keinen nennenswerten Einfluß gewinnen, da es der österreichischen Sozialdemokratie gelang, die kommunistischen Aktivitäten durch eine aktive Rätepolitik zu kanalisieren. Auch in ihrem Verhältnis zu den Räten unterschieden sich die österreichischen Sozialisten von den deutschen erheblich, wie Carsten zu Recht betont. Detailliert zur KPÖ in der Revolution *Hans Hautmann*, Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der KPÖ, 2. erg. Aufl., Wien/Frankfurt/Zürich 1971.

Seeckts ambivalente Haltung zur parlamentarischen Demokratie, der Dienst »mit dem Ekel im Herzen und dem Fluch auf der Zunge«, wie Seeckt im Februar 1919 an seinen Briefpartner von Winterfeld-Menkin schrieb, wird bestimmt und gerechtfertigt durch allumfassende »Handlungszwänge«, die Guske aus dem »politischen Denken« konstruiert und die es ihm erlauben, auch noch die für einen »Amtsträger« der Republik zwielichtigsten Feststellungen hinwegzueskamotieren. In der stürmischen Anfangsperiode der Republik bewährte sich Seeckt stets — so wenigstens Guske — als loyaler Staatsdiener, der, sei es während der Kapp-Tage im März 1920, sei es im Krisenherbst 1923, nichts anderes als die Erhaltung von Reichseinheit und Verfassung im Auge hatte. Seeckts Kanzleraspirationen, seine in den Einzelheiten immer noch ungenügend geklärten Pläne für ein diktatorisches Direktorialregime im Oktober/November 1923 und das offenbar im Zusammenhang damit entworfene »Regierungsprogramm« wertet Guske als »legitime« (S. 143) oder, im Anschluß an Seecktsche Formulierungen, »organische« Fortentwicklungen der Weimarer Verfassung, womit der Äußerung Seeckts im Briefentwurf an den bayerischen Generalstaatskommissar von Kahr im November 1923, die Verfassung sei für ihn kein »noli me tangere«, der Stachel genommen scheint. Im endgültig abgeschickten Schreiben ließ Seeckt zwar jenen Passus weg; dennoch bleibt sein Streben nach weitgehenden Verfassungsänderungen, die tief in die Struktur des jungen Weimarer Staates eingegriffen hätten, zumindest problematisch. Wäre Guske nicht so sehr auf die kritiklose Wiedergabe der Perspektive seines Protagonisten fixiert, vielleicht wären ihm Zweifel gekommen, ob man rechtens von Fortentwicklung sprechen kann, wo nichts als Rückschritt auf Wilhelminische Verfassungsmaximen zu verzeichnen ist, ob wirklich das Zurückdrehen des nach dem November 1918 erreichten sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fortschritts mit den sozialstaatlichen Prinzipien der Weimarer Verfassung »organisch« verknüpfbar war. Aber solche über bloße Zitatreferate und philologische Ausdeutungsversuche hinausweisenden Überlegungen hätten eine intensive Berücksichtigung des historischen Kontextes erfordert, an der es in Guskes Arbeit weitgehend mangelt — trotz des im Vorwort formulierten Arbeitsprogramms, die wechselseitigen Einflüsse von politischer Realität und individuellem Denken darstellen zu wollen. So aber kommt die Studie in den wesentlichen Partien über bloße Geistesgeschichte nicht hinaus, in der Denkfiguren allemal als Präjudiz für politische Aktivitäten stehen.

Bereits Meier-Welcker hat gemeint, daß Seeckt im eigentlichen Sinn kein politischer Denker gewesen sei (Seeckt, Frankfurt 1967, S. 628), und noch jüngst sprach Ferdinand Friedensburg, der zuweilen dienstlich mit Seeckt zu tun hatte, etwas bitter von dessen intellektueller und emotionaler »Dürftigkeit« (Lebenserinnerungen, Frankfurt 1969, S. 182). Mag letzteres Urteil dem General nicht ganz gerecht werden, fest steht, daß Seeckts politische Theoreme keineswegs originell waren. Sie wurzelten in ihrer Stoßrichtung gegen die »Ideen von 1789« in dem vielfältigen Geflecht von national-konservativen und völkischen Irrationalismen, die der politischen Rechten den ideologischen Hintergrund für ihren Kampf gegen die Demokratie lieferten. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist immerhin die von Guske nachdrücklich betonte Kontinuität der politischen Vorstellungen Seeckts mit der Neigung, die Armee als autoritär-obrigkeitsstaatliche Bastion von den Einflüssen einer sich wandelnden Umwelt frei zu halten, wenn nötig, die Gesellschaft nach dem Bilde und den Bedürfnissen der Militärs zu formen und den liberalen Weimarer Staat in einen autoritären Führerstaat umzufunktionieren. Für Guske bilden allerdings Überlegungen aus dem Umkreis antidemokratischer, antiliberaler Traditionen, wie sie Seeckt etwa 1929 in seiner Schrift »Die Zukunft des Reiches« niedergelegt und als Teilnehmer bei der Gründungstagung der »Harzburger Front« im Oktober 1931 auch öffentlich demonstriert hat, keine »zerstörende Antithese zu Weimar« (S. 144). Auch wenn es der Autor nicht wahrhaben will: Derlei unbesehen als »systemimmanent«

(S. 144) gewertete verfassungspolitische Programme trugen ihr Scherflein dazu bei, daß seit 1930 die Republik »organisch« abgelöst werden konnte von diktatorischen Präsidialkabinetten bürgerlicher Provenienz und vom Führerstaat faschistischer Prägung.

Jens Flemming

Wolfgang Stump, *Geschichte und Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf 1917—1933*, hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 43), Droste-Verlag, Düsseldorf 1971, 168 S., Ln., 42 DM.

Rudolf Morsey hat seiner 1966 erschienenen Darstellung der Zentrumspolitik in den Anfängen der Weimarer Republik ein Langzeitprogramm zur Erforschung des politischen Katholizismus dieser Epoche vorangestellt, dessen methodische Ansätze von der Ideengeschichte zur Organisationsgeschichte, von der Individualbiographie zur Strukturanalyse, von der Wahlsoziologie zur politischen Psychologie reichen und dessen inhaltliche Spannweite Wähleranhang und Parteiführung, Klerus und Episkopat, Presse und Vereinswesen, regionale Verbände und lokale Formationen gleichermaßen umfaßt. Die vorliegende Bonner Dissertation, von Morsey angeregt, von Max Braubach betreut, steht ganz in diesem Zusammenhang: ein Ortsverband, einer der größten zumal, als mikroskopischer Ausschnitt der Gesamtpartei. Der erste, chronologisch angelegte Teil berichtet über die Haltung des Düsseldorfer Zentrums zu Revolution und Staatsneubau, zu Rheinlandfrage, Ruhrkampf und Reichskrise, natürlich auch über sämtliche Wahlen und die darauffolgenden Kabinettsbildungen, über innerparteiliche Spannungen, über die Ära Brüning und schließlich die Selbstauflösung. Viel Neues, das nicht schon aus der allgemeinen, noch fragmentarischen Zentrumsgeschichte irgendwie bekannt wäre, findet man nicht, was kaum überrascht bei einer »Massenpartei mit Honoratiorenorganisation« (S. 113), in der innerparteiliche Meinungsbildung zum wenigsten von der Basis zur Parteispitze erfolgte, in der der örtliche Parteitag nicht Forum für Diskussionen und Konflikte, sondern nur »rituell gepflegte Illusion« (S. 145) war. Dem zweiten, strukturellen Teil, der die Presse, Parteiorganisation, soziale Schichtung und Parteifinanzen auf der lokalen Ebene untersucht, sowie die Verflechtung des Zentrums mit den Arbeitervereinen oder dem Klerus, liegen vor allem die Akten und internen Vierteljahresberichte der Ortspartei zugrunde, die — ein seltener Glücksfall — der Parteisekretär 1933 dem Düsseldorfer Stadtarchiv übergeben und dadurch der Vernichtung entzogen hat. Beide Teile sind sympathisch knapp und präzise geschrieben, in souveräner Distanz zur Quelle und doch mit viel atmosphärischem Vokabular, jederzeit sicher in der Einordnung zu Gesamtpartei und Reichspolitik; beide Teile überaus instruktiv, der zweite mehr als der erste, wiewohl gerade hier ein kritisches Weiterdenken wird ansetzen können.

Stärke und Schwäche des Zentrums, das Schwanken zwischen williger Anpassung an die parlamentarisch-demokratische Republik und starrer Verhaftung in einer zu Unrecht verklärten Vergangenheit, fanden in Düsseldorf ihren Ausdruck in dem durchgängigen Gegensatz von örtlicher Parteiführung und katholischer Tagespresse. Das Düsseldorfer Tageblatt lag fest in der Hand von katholischen Repräsentanten des konservativ-monarchisch denkenden, akademisch gebildeten Großbürgertums. Zeitungsbesitzer, Aufsichtsratsvorsitzender und leitender Redakteur hatten sich im Krieg hinter dem Rücken der Partei in der Vaterlandspartei kompromittiert, und sie beteiligten sich auch später noch, um sich in nationaler Zuverlässigkeit und »in treudeutscher Gesinnung« (S. 44) nur ja nicht übertreffen zu lassen, an vaterländischen Kundgebungen offen reaktionärer Stoßrichtung. Freilich kam daher vom Düsseldorfer